Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2 RM. zuzüglich Abtrage-Gebühr. Einzelnummern 10 Rpfg. Alle Postanstalten Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 8gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3gespaltene Reklamezeile im redaktionellen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 20 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 164 — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" | Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2640 | Montag, den 16. Juli 1928

Der Reichstag in Ferien.

Als die Reichstagsmitglieder die kühlen Hallen des Hauses ihrer Wirksamkeit verließen, da stöhnte ein jeder laut beim Hinaustreten in die sonnendurchglühten Straßen. Und die tropische Temperatur, der schon langsam kochende Asphalt, die jetzt besonders infernalisch duftenden Benzindämpfe mögen eine recht schnelle Erfüllung der Sehnsucht nach Berg und See, Wald und Wiesengrün herbeigeführt haben; wenn das Gehirn so langsam zu brodeln beginnt oder, wie ein Kommunist in der letzten Reichstagssitzung äußerte, die Hitze den noch etwa vorhandenen Rest von Gehirnschmalz zum Auslaufen bringt, dann wird auch unseren Volksvertretern die politisch-parlamentarische Arbeit allzu sauer.

Man ist daher in die Ferien gegangen, und zwar, wenn sich Besonderes nicht ereignet, gleich für fünf Monate, bis zum Spätherbst. Man ist, als die Regierungsbildung nach einigem Hin und Her gelungen war, auch nur einige Tage beisammen gewesen, hatte von vornherein keine große Lust, sich parlamentarischen Arbeiten von Bedeutsamkeit zu widmen. Und so kam denn von wichtigeren Dingen nur die Erledigung der Amnestiefrage und der Initiativantrag auf Senkung der Einkommensteuer für die unteren und mittleren Stufen zustande. Nicht aber konnte der Kampf um den Nationalfeiertag beendet werden. Das wurde vertagt, weil innerhalb der Regierungskoalition sich Differenzen zeigten, man daher die endgültige Regelung erst in Angriff nehmen will, wenn im Spätherbst eine festere Bindung dieser Koalition an die Stelle des vorläufigen Zusammenschlusses tritt. Die Regierung freilich hat keine Ferien und soll zeigen, ob sie in ihrer neuen Zusammensetzung praktische Arbeit zu leisten vermag. Mitten in die Ferienzeit des Parlaments fällt der Beginn des „Normaljahres" des Dawes-Planes, der ab 1. September von Deutschland die Zahlung von 2,5 Milliarden verlangt. Sie aufzubringen, wird Regierung wie Parlament genug Kopfschmerzen verursachen. Dann ist der Wiederbeginn der Handelsvertragsverhandlungen mit Polen ein besonders schwieriger und widerstrebender Gegenstand der politischen Ferienarbeit; ob man jetzt darin freilich schneller vorwärtskommen wird, ist angesichts der recht ungeklärten politischen Lage in Polen noch zweifelhaft. Und schließlich tritt im September auch der Völkerbund wieder zusammen, ohne daß man deswegen damit zu rechnen braucht, daß die bekannten außenpolitischen Wünsche Deutschlands hinsichtlich der Rheinlandbesetzung offiziell irgendwie zu Wort kommen können.

Wenn also der Reichstag in die Ferien gegangen ist, ohne alles Wichtige erledigt zu haben, so darf an dem Beschluß des Amnestiegesetzes nicht so ganz sang- und klanglos vorübergegangen werden. Gewiß bestehen Bedenken, die gegen eine Amnestie an sich und vor allem gegen allzu häufige Anwendung einer solchen Gnadenmaßnahme sprechen, aber das Ziehen eines Schlußstriches unter die politischen Kämpfe, Vergehen, Verbrechen ist ab und zu doch notwendig. Dabei war es noch besonders zu begrüßen, daß sich für diesen Beschluß eine parlamentarische Mehrheit fand, die auch die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und Kommunisten, also auch die Opposition, mit umschloß. Das wird dazu beitragen, der innenpolitischen Auseinandersetzung über diese Streitfrage viel von ihrer bisherigen Schärfe zu nehmen.

Das Reichstagsgebäude ist verödet und nur ein paar Beamte verrichten in der kommenden Zeit ihren Aufsichtsdienst. Von den vier Ecktürmen sind die Fahnen verschwunden, die hochgezogen werden, wenn der Reichstag tagt. Aber während der Ferien wird allmählich die politische Konstellation des Winters vorbereitet; bis dahin haben unsere Reichstagsboten Zeit, Körper und Geist für die kommenden Kämpfe zu stärken, auch einmal an das Daheim und den eigenen Beruf zu denken.

Reichsreform.

Die Beschlüsse des neuen Kabinetts.

Das Reichskabinett befaßte sich in eingehender Aussprache mit der Verfassungs- und Verwaltungsreform. Auf der Grundlage der Beschlüsse der Länderkonferenz bestellte die Reichsregierung den Reichsminister des Innern als diejenige Stelle, die zur Herbeiführung von Vereinbarungen über das Aufgehen kleinerer Länder in Nachbarländer sowie für die Auflösung von Enklaven und Exklaven in enger Fühlungnahme mit den Ländern anregend, vermittelnd und auf Anruf der Beteiligten als Schiedsinstanz tätig werden soll.

Da die Berichte der von Verfassungsreformausschuß der Länderkonferenz bestellten Berichterstatter bereits vorliegen bzw. demnächst eingehen werden, hat die Reichsregierung die Einberufung dieses Ausschusses für etwa Ende September dieses Jahres in Aussicht genommen.

Die Beratungen des Kabinetts erstreckten sich sodann auf eine Anzahl damit zusammenhängender Einzelfragen und auch hier kam das Kabinett zu der einmütigen Auffassung von der Notwendigkeit der Förderung der Reichsreform.

Die Stellung der sächsischen Industrie

zur Erklärung der Reichsregierung.

Nach einem in der letzten Sitzung des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller erstatteten Bericht hat sich in den letzten Quartalen die Lage großer Teile der sächsischen Industrie ernst und zum Teil kritisch gestaltet. Die Statistik der Konkurse, Stillegungen, Wechselproteste zeigt seit Anfang des Jahres zum Teil Rekordziffern, bei denen jedoch noch nicht alle Firmen erfaßt werden, die aus dem Wirtschaftsleben ausgeschieden sind, weil sie die Aufrechterhaltung der Betriebe aus Gründen der Wirtschaftlichkeit nicht mehr verantworten konnten. Auch bei solchen Industriezweigen, die zum Teil wegen günstiger gelagerter Voraussetzungen unter vorteilhafteren Verhältnissen zu arbeiten imstande waren, konnte dem Erlahmen der Wettbewerbsfähigkeit durch die fortgesetzten Steigerungen der Produktionskosten nur bei ganz besonders guten Verhältnissen Widerstand geleistet werden. Auch der sächsische Export weist mit einigen Ausnahmen Verschlechterungen auf. Soweit Steigerungen in der Ausfuhr zu verzeichnen sind, steht diesen eine weitere wesentliche Verschlechterung in anderen Industriezweigen gegenüber, hervorgerufen durch die Steigerung der Produktionskosten.

Dieser gespannten Lage trägt die Regierungserklärung keinesfalls genügend Rechnung. Es fehlen namentlich Ankündigungen darüber, daß sich die Regierung mit der von der Wirtschaft vor längerer Zeit geforderten vordringlichen Ermäßigungen der Selbstkosten als dem elementaren Erfordernis geordneter Wirtschaftsführung befassen wird. Das weitere Absinken der Wirtschaft ist, wenn das nicht geschieht, um so mehr zu befürchten, als die internationalen Verhandlungen bisher leider die Beseitigung der Handelshemmnisse und der sonstigen Hemmungen im zwischenstaatlichen Verkehr noch nicht gebracht haben. Die Ankündigung einer Senkung des Einkommensteuertarifs in den unteren und mittleren Stufen ist sehr unbestimmt, doch muß immer und immer wieder darauf hingewiesen werden, daß eine Verbesserung der Lage nur durch Senkung der Produktionskosten herbeigeführt werden kann, wobei die Höhe der Steuern der Industrie eine große Rolle spielt. Auch die große Bedeutung der staatlichen Eingriffe in die Gestaltung der Löhne findet in der Regierungserklärung keine genügende Würdigung und doch liegt in der Lohnzwangswirtschaft eines der Hauptprobleme der gegenwärtigen unbefriedigenden Wirtschaftsentwicklung.

Nach Ansicht des Gesamtvorstandes des Verbandes Sächsischer Industrieller ist es die Pflicht der neuen Reichsregierung, eine Art Notprogramm aufzustellen, mit dem in der kommenden kritischen Zeit eine beschleunigte Lösung der dringlichen Wirtschaftsprobleme, insbesondere auch im Hinblick auf die besonders schwere Lage der in Sachsen stark vertretenen mittleren und kleineren Industrie, gesucht wird und wirksame Erleichterungen im Wettbewerbskampf im Interesse des deutschen Arbeitserfolges geschaffen werden. Es handelt sich hierbei nicht um Sonderwünsche eines bestimmten Berufsstandes, sondern um Maßnahmen, die für das gesamte Wohl des deutschen Volkes von allergrößter Bedeutung sind.

Weltkonferenz zur Kriegsächtung.

Im Oktober.

Wie aus Washington gemeldet wird, nimmt man dort an, daß noch im Laufe dieses Jahres, wahrscheinlich im Herbst, eine Weltkonferenz zusammentreten wird, auf der die Verhandlungen zur Unterzeichnung des von Staatssekretär Kellogg entworfenen Kriegsächtungsvertrages abgeschlossen werden sollen. Man glaubt, daß diese Konferenz in Paris stattfinden und die größte seit den Tagen von Versailles sein wird.

Staatssekretär Kellogg soll selbst bereit sein, nach Paris zu reisen; auch der deutsche Reichsaußenminister Dr. Stresemann soll eine solche Zusammenkunft über die Paktverhandlungen befürworten. Von anderer Seite wird noch gemeldet, daß man eine solche Konferenz für den Oktober erwartet, vorausgesetzt, daß die inzwischen noch zu führenden Verhandlungen über den Pakt reibungslos verlaufen.

Eine Pulverfabrik fliegt in die Luft.

Tote und Schwerverwundete

In der Pulverfabrik Hasloch bei Wertheim, die schon vor zwei Jahren von einem schweren Explosionsunglück hart betroffen worden ist, ereignete sich wieder eine Explosion, die nach allen Anzeichen dem früheren Unglück an Schwere nicht nachsteht. Betroffen wurden Räume der Fabrik, in denen das Pulver zur Trocknung gelagert wird.

Eine große Anzahl von Fabrikgebäuden sowie das Maschinenhaus wurden zum Teil zerstört. Im weiten Umkreis wurden durch den gewaltigen Luftdruck die Fensterscheiben zertrümmert. Alle Feuerwehren der Umgebung wurden eingesetzt, um die unter den Trümmern begrabenen Arbeiter zu bergen und das Feuer, das an der Unglücksstätte ausgebrochen ist, einzudämmen. Die ersten Meldungen berichteten, daß vier Tote, acht Schwer- und 16 Leichtverletzte geborgen worden seien. Es ist aber zu befürchten, daß die Zahl der Todesopfer sich noch erhöht. Unter den Schwerverletzten befindet sich ein Pfarrer aus der Gegend von Hasloch, der auf die Detonation hin an die Unglücksstelle eilt war.

Zur Zeit der Explosion betrug die Belegschaft etwa 130 Mann.

Der Brand gelöscht.

Es scheint sich zu bestätigen, daß die Explosion vier Todesopfer gefordert hat, doch liegt noch eine Anzahl Schwerverletzter besorgniserregend danieder. Der Brand der Fabrik ist gelöscht. Die Zahl der Leichtverletzten ist nicht genau festgestellt. Über die Ursache des Unglücks ist nichts Bestimmtes bekannt.

Die Angehörigen der Arbeiter strömten herbei, herzzerreißende Szenen spielten sich auf der Landstraße ab. Der ersten großen Explosion folgten noch verschiedene kleinere, die das Rettungswerk äußerst erschwerten. An den Gebäuden innerhalb der Fabrik ist großer Schaden angerichtet worden. Das ganze Werk I nebst Autohalle und mehreren kleineren Baulichkeiten ist völlig niedergebrannt. Die Explosion hat auch in der näheren Umgebung gewaltige Verheerungen angerichtet. Fensterscheiben wurden eingedrückt, Dächer abgedeckt und Telephon- und Telegraphenleitungen zerstört.

An der Unglücksstelle erschien eine Kommission der Staatsanwaltschaft, die die Leichen beschlagnahmte und die Untersuchung über die Ursachen der Explosion einleitete.

Schon einmal, im Mai 1926, ist die Haslocher Pulverfabrik die Stätte eines großen Explosionsunglücks gewesen. Damals flog die Pulvermühle in die Luft und forderte 13 Todesopfer.

Brand in einer französischen Pulverfabrik.

Nach einer Meldung aus Bordeaux ist in der Pulverfabrik von Bergerac ein Brand ausgebrochen, der rasch großen Umfang annahm. Mehrere Tonnen Pulver sind in die Luft geflogen. Dabei wurde eine Anzahl Gebäude zerstört. Mehrere Personen wurden verletzt. Ob auch Tote zu beklagen sind, ist noch nicht zu übersehen. Der Sachschaden ist sehr groß. Die benachbarten Wohnungen mußten geräumt werden. Die Explosion erfolgte mit solcher Heftigkeit, daß sich Rauchschwaden von etwa 500 Meter Höhe entwickelten.

Eisenbahnunglück bei München.

München, 16. Juli. Am Sonntag abend zwischen 9 und 10 Uhr, also zur Zeit des stärksten Ausflüglerrückstromes, ereignete sich im Bereich des Münchner Hauptbahnhofes ein schweres Eisenbahnunglück. Der an den Sonntagen zwischen München und Nürnberg verkehrende Verwaltungs-Sonderzug 52 841 stieß bei der Donnersberger Brücke mit einem Vorzug zusammen. Dabei gerieten zwei Wagen in Brand. Soviel bis jetzt bekannt ist, ist eine Person verbrannt. Außerdem gab es eine Reihe von Verletzten, die dem Vernehmen nach größtenteils leicht verletzt sein sollen. Die gesamten Sanitätskolonnen wurden alarmiert. Eine reichsbahnamtliche Meldung ist bis jetzt nicht ausgegeben worden.

Schweres Grubenunglück in Holland.

In der Prinz-Hendrik-Grube bei Heerlen in Holland ereignete sich eine Grubengasexplosion. Bis jetzt konnten acht Leichen geborgen werden. Wahrscheinlich haben noch fünf andere Bergarbeiter, die vermißt werden, den Tod gefunden. Unter den Getöteten befindet sich auch ein Mann der Rettungskolonne, der nach Bergung eines Kameraden den Tod in der Grube fand. Die Schlagwetterexplosion erfolgte in einem Schacht, der 537 Meter unter der Oberfläche liegt, und gerade zur Zeit des Schichtwechsels. Ungefähr 300 Arbeiter wurden von den sofort eingesetzten Rettungsmannschaften in bewußtlosem Zustande herausgebracht.

Internationale Sozialpolitik.

Eine Rede des Reichsarbeitsministers Wissell.

Reichsarbeitsminister Wissell hielt auf der in Magdeburg abgehaltenen Tagung des freigewerkschaftlichen Bergarbeiterverbandes einen Vortrag über „Die soziale Bedeutung weltwirtschaftlicher Verflechtungen". Er schilderte zunächst die ständig zunehmende gegenseitige Durchdringung der Volkswirtschaften, aber die wirtschaftlichen Beziehungen der Völker zueinander

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF